Die Abdankung des Großherzogs

Friedrich II. von Baden im November 1918

Von Gerhard Kaller, Karlsruhe

Die Abdankung des Großherzogs Friedrich II. von Baden im November 1918 war eine unmittelbare Folge der Revolution in Baden. Diese Revolution wurde zwar von Badenern gemacht, sie hatte hier aber nicht ihren Ursprung und ist ohne die vorausgehende Entwicklung in Preußen und im Reich nicht zu verstehen. Schon 1917 gab es vereinzelte Meutereien bei der Flotte, im Januar 1918 Massenstreiks in Berlin. Im Laufe des Jahres verschlechterte sich die militärische Lage des Deutschen Reiches und seiner Verbündeten immer mehr, am 14. September bot Österreich seinen Kriegsgegnern Friedensverhandlungen an, am 4. Oktober folgte ein deutsches Gesuch um Waffenstillstand.

Jetzt brachen auch die Meutereien bei der Marine wieder aus. Sie begannen in Wilhelmshaven und griffen am 4. November auf Kiel über, wo am gleichen Tag ein Soldatenrat gebildet wurde, dessen Vorsitz in den Händen eines 1917 wegen revolutionärer Betätigung zu Festungshaft verurteilten Matrosen lag. Von der Küste her wurde das Ideengut der Revolution und der Soldatenräte in das Binnenland und auch nach Baden getragen, das damals durch die Person des Reichskanzlers Prinx Max von Baden mit dem Reiche besonders eng verbunden war. Am 7. November 1918 wurde in München die Republik ausgerufen. Gerade in dem oft als konservativ angesehenen Bayern stürzte zuerst die Monarchie. In Preußen hatte der Kaiser bereits am 29. Oktober die Hauptstadt Berlin verlassen und sich in das Große Hauptquartier nach Spa begeben. Generalfeldmarschall von Hindenburg und Prinx Max von Baden rieten zu einer Abdankung und hofften, auf diese Weise vielleicht die Monarchie noch retten zu können. Der Kaiser selbst spielte mit dem Plan, nur als Kaiser, nicht aber als König von Preußen, zurückzutreten. Der spätere Reichspräsident Ebert scheint wenigstens den Plan erwogen zu haben, die Regierungsgewalt auf legalem Wege aus den Händen des Prinzen Max entgegenzunehmen. Die Proklamation der Republik durch Scheidemann am 9. November vor dem Reichstagsgebäude beendete schließlich alle Spekulationen und Pläne und führte das Ende der Monarchie im Reich herbei. In Baden war an diesem Tag die alte Herrschaft nach außen noch völlig intakt. Erst am nächsten Tag entließ der Großherzog das bisherige Kabinett. Durch Verhandlungen zwischen dem von dem Karlsruher Oberbürgermeister Siegrist in Zusammenarbeit mit Stadträten, Parteipolitikern und Gewerkschaftlern am 9. November gebildeten Wohlfahrtsausschuß und dem unter der Leitung des unabhängigen Sozialisten Brümmer stehenden Soldatenrat kam noch am gleichen Tag eine vorläufige Volksregierung zustande. Diese Regierung war schon in ihrer Zusammensetzung wenig radikal. Ihr Vorsitzender wurde der Mehrheitssozialist Anton Geiß aus Mannheim. Pläne, den radikaleren unabhängigen Sozialisten Adolf Geck aus Offenburg mit diesem Amt zu betrauen, waren sehr schnell wieder fallengelassen worden[1]. Bei der Regierungsbildung spielte der Zentrumsmann Heinrich Köhler hinter den Kulissen mit, und schließlich nahm man auch die als monarchistisch angesehene Nationalliberale Partei in das Kabinett auf und betraute deren Vertreter Hermann Dietrich (Oberbürgermeister von Konstanz) mit dem Außenministerium. Die Mehrzahl

Friedrich II., letzter Großherzog von Baden

der neuen Minister suchte über den eben zurückgetretenen großherzoglichen Staatsminister Freiherrn von Bodman Verbindung zum Großherzog, um so eine Legalisierung der Regierung zu erreichen. Lediglich Dr. Ludwig Marum und Hans Brümmer lehnten dies ab. Heinrich von Bodman beschaffte auch eine Erklärung des Großherzogs, die zwar die Bildung der neuen Regierung nicht billigte, aber in der er doch zusagte, daß er „in Anbetracht der durch die Zeitumstände geschaffenen besonderen Lage einen Widerspruch gegen die beabsichtigten Maßnahmen nicht erheben wolle“[2]. Damit war auch in Baden vom Großherzog selbst ein erster kleiner Schritt auf dem Weg zur Abdankung getan.

Die neue Regierung glaubte zwar, für die Sicherheit des Monarchen einstehen zu können, wenn dieser sich aus dem in der Stadt gelegenen Palais in das Schloß begebe, aber dies erwies sich noch in der gleichen Nacht als Trugschluß. Am Abend, während die Vertreter der badischen Revolution im Innenministerium und der Gastwirtschaft zum Goldenen Adler tagten, nützte der Obermatrose Heinrich Klumpp die Möglichkeit zu eigenmächtigem Handeln. Klumpp

war gebürtiger Karlsruher und auch hier ansässig. Durch den Kriegsdienst bei der Marine war er mit den revolutionären Ideen bekannt geworden und hatte in Hannover zu den Begründern des Soldatenrats gezählt. Er hatte eine bewegte Vergangenheit hinter sich.

Wilhelm Heinrich Klumpp ist am 21. September 1871 in Karlsruhe geboren. Hier besuchte er auch die Volksschule und trat dann in den Dienst des Rechtsanwalts Boeckh, der neben seiner Anwaltskanzlei auch die Geschäfte des Kreisrates in Durlach besorgte. In den Jahren 1891—1894 leistete er seine Militärdienstpflicht bei der Marine, ab November 1894 war er beim Kreisausschuß als Gehilfe beschäftigt. Im Jahre 1911 geriet er dort in Konflikt mit dem Gesetz, als er in den Büchern des Ausschusses einen Posten fälschte und eine Zahlung des Schuhmachers Rapp in Höhe von 400 Mark in die eigene Tasche schob. Die Angelegenheit ging zunächst harmlos aus, Heinrich Klumpp verlor lediglich seinen Posten. Nach seinen Angaben fand er bei Boeckh eine Stütze. Anscheinend fürchtete dieser, daß Klumpp auf die schiefe Bahn kommen könnte. In dem späteren Prozeß sagte der Zeuge Rechnungsrat Zenck aus, Boeckh habe wiederholt geäußert, „Klumpp sei nicht normal, entweder ende er im Irrenhaus oder im Zuchthaus, Klumpp gerate jedenfalls auf Abwege, wenn er seine Hand von ihm abziehe[3]." Klumpp wurde daraufhin (1912) Rechtsagent und betrieb in der Amalienstraße 55 ein Büro für Inkasso, Rechts- und Verwaltungssachen, Buchrevision, Arrangements, Sanierungen jeder Art und führte gleichzeitig noch das Sekretariat der Schiefdeckermeister-Vereinigung[4]. Im Privatleben war er offenbar ein durchaus angesehener Mann. Als gedienter Matrose wurde er Vorsitzender des Karlsruher Marinevereins und wirkte an der Gestaltung der Veranstaltungen dieses Vereins mit, über die auch die Deutsche Marine-Zeitung berichtete, so am 20. 12. 1912. Die Tätigkeit als Rechtsagent nahm ein jähes Ende, als anscheinend durch Anzeigen der volle Umfang der Unterschlagung und Bücherfälschung Klumpps zutage trat. Er wurde am 12. Februar 1914 verhaftet und der Unterschlagung, Urkundenfälschung und des Erpressungsversuchs angeklagt. Die Beweisführung war schwierig, da Boeckh unterdessen verstorben war und sich Klumpp immer auf ihn berief. Die Beweisaufnahme erforderte daher umfangreiche graphologische Gutachten und chemische Analysen der benutzten Tinten. Am 12. Juni 1914 sprach das Landgericht in Karlsruhe das Urteil: Gesamtstrafe ein Jahr Gefängnis. Die Strafe verbüßte er im Landesgefängnis Freiburg, das ihn am 9. April 1915 entließ. Die Dauer der Strafverbüßung wurde sehr streng gehandhabt. Der Erste Staatsanwalt aus Karlsruhe fragte beim Gefängnis sogar noch zurück, warum Klumpp schon am 9. April entlassen worden sei, da die Strafe erst am 15. April endet[5]. Klumpp kehrte wieder in das bürgerliche Leben zurück. Er wurde infolge des unterdessen ausgebrochenen Krieges wieder zur Marine eingezogen, diente beim Marinekorps Flandern und erhielt noch im Herbst 1918 das Eiserne Kreuz[6]. In Karlsruhe galt Klumpp (der Klumppenheiner) als trinkfestes Original[7]. Am 11. November marschierte er mit Gewehr (ein Ausweis, ein mit Bleistift beschrifteter Fetzen Papier, berechtigte ihn dazu) und roter Armbinde am Abend durch die Straßen der Stadt[8]. In der Herrenstraße stieß er auf eine Gruppe Infanteristen, mit denen er dann vor das Schloß zog. Die Soldaten nahmen beim Seepferdchendenkmal (am Westflügel des Schlosses) Aufstellung, gaben einige Schüsse ab und beruhigten den Wachtposten mit dem Zuruf: „Hier Soldatenrat, guten Abend, Kamerad!"[9]. Klumpp und zwei Begleiter drangen dann in das Schloß ein und riefen laut nach dem Großherzog, dem größten Lump in Baden. (Die Worte sind nicht genau überliefert. Sigmund Freiherr Göler von

Ravensburg: „Jetzt wollen wir an den größten Lump von Baden!"; Kastellanin Viktoria Bauer: „Raus mit dem größten Lump von Baden, raus mit der Alten, der Luise!"; Vizefeldwebel Toll (?) und zwei weitere Wachtposten: „Großherzog Friedrich, der größte Lump von Baden, komme heraus!") Die Forderung, mit dem Großherzog sprechen zu können, wurde vom Freiherrn von Göler abgelehnt, worauf sich Klumpp und seine Begleiter entfernten, die er mit zweimaligem Kommando „Kehrt marsch" zum Verlassen des Raumes aufforderte. Die vor dem Schloß stehenden Soldaten gaben nun eine Anzahl von Schüssen ab. Klumpp selbst will nur dreimal geschossen, dann „Stopp" kommandiert und ausdrücklich befohlen haben, hoch (d. h. über das Schloß hinweg) zu zielen. Der Schloßverwalter Heizmann bestätigte als Zeuge das Kommando „Hoch anschlagen"[10]. Die Polizei stellte aber am nächsten Tag 26 von außen sichtbare Einschläge fest und bei einer näheren Überprüfung der Innenräume sogar 68. Nennenswerter Schaden wurde nicht angerichtet. Das Hochbauamt mußte 490 Mark für die notwendig gewordenen Reparaturen aufwenden. Ein Geschoß riß im Prinz-Ludwig-Rondell ein Loch in ein Bild Friedrichs des Großen und vollbrachte damit symbolisch die blutige Tat, an der es sonst in der badischen Revolution so gänzlich mangelt[11]. Klumpp wollte sich angeblich überhaupt nur erkundigen, ob Offiziere oder Truppen im Schloß verborgen seien, bei den Bewohnern hingegen entstand durch die Schüsse der Eindruck unmittelbarer Gefahr. Die verängstigte Kastellanin Bauer glaubte, man wolle den Großherzog umbringen, und der Oberhofmeister Freiherr von Göler meinte, es werde auf alle beleuchteten Räume geschossen[12]. Die Hofdame Baronin Racknitz rief: „Soeben ist eine Kugel durch den Gang geflogen!"[13]. Aus dieser Sicht ist auch die Reaktion des Großherzogs zu verstehen. In größter Eile verließen der Großherzog mit Gemahlin, die Großherzogin Luise und ihre Tochter Viktoria, Königin von Schweden, das Gebäude und stiegen im Fasanengarten in dort bereitgestellte Autos. Freiherr von Göler gibt nur 8 Minuten für die Reisevorbereitungen an. Bei der Abfahrt hört man von der Stadt her eine Sirene.

Der Vorfall blieb Episode. Schon am Nachmittag des nächsten Tages verhaftete die Polizei im Auftrag des Arbeiter- und Soldatenrates Heinrich Klumpp in seiner Wohnung. Die Anklage lautete auf Landfriedensbruch. Seine Tat wurde dann aber als politisches Verbrechen angesehen, und Heinrich Klumpp auf Grund einer einschlägigen Amnestie vom 2. 12. 1918 in Verbindung mit einer Anordnung des Berliner Rates der Volksbeauftragten vom 12. 11. 1918 am 18. Dezember aus der Haft entlassen, ohne daß ein Verfahren eingeleitet worden war. Klumpp war dank der Amnestie noch einmal gut davon gekommen, denn allein schon seine Kraftsprüche vor dem Schloß hätten ihm etwa das Dreifache seiner Untersuchungshaft einbringen können. So hatte z. B. ein Arbeiter aus Blankenloch eine dreimonatige Gefängnisstrafe erhalten, da er den Großherzog einen „knitzen, schlechten Kerl" genannt hatte; eine Berufung auf Angetrunkenheit nützte ihm ebensowenig wie ein Gnadengesuch[14]. Die Angelegenheit war damit allerdings noch nicht endgültig abgeschlossen. Die Propagandisten des „Dritten Reiches" glaubten gerade diesen Fall, obwohl Klumpp mit der Revolution nur traurige und bittere Erfahrungen gemacht hatte, ausschlachten zu können, indem sie die beiden Straftaten miteinander vermengten und auf einer Grenzlandausstellung 1933 den Eindruck zu erwecken suchten, der politische Täter Klumpp wäre eigentlich ein Urkundenfälscher und Erpresser gewesen.

Die Verhaftung Klumpps ist ein Zeichen dafür, wie sehr auch der Arbeiter- und Soldatenrat in Karlsruhe bestrebt war, den Umsturz in Baden nicht die Formen der ge-

Freiherr Heinrich von Bodman

waltsamen Revolution annehmen zu lassen. Klumpp erklärte der Polizei zu seiner Rechtfertigung: „Wenn ich zu den Soldaten sagte, ich handle für den Soldatenrat oder ich sei Soldatenrat, so wollte ich damit ausdrücken, daß ich Mitglied der Soldatenbewegung sei. Ich wußte nicht, daß nur dem Ausschuß die Bezeichnung Soldatenrat zukomme und für die Mitglieder Ausweise bestanden. Ich meinte, im Interesse der Bewegung dürfte jeder ihrer Anhänger handeln und unternehmen, was er für richtig halte. In Kiel, Wilhelmshaven, Hannover und Berlin hatte in dieser Richtung niemand einen Zweifel; dem Ermessen jedes Anhängers der Bewegung war selbständiges Handeln überlassen[15]. In dem letzten Satz wird deutlich, wie sich die Revolution dort von der Staatsumwälzung hier unterschied, wie die Ereignisse später in einem Buch von Adam Remmele bezeichnet werden[16].

Als die Soldaten, die die Regierung zum Schutz des Schlosses schickte, eintrafen, war die großherzogliche Familie bereits nach Zwingenberg unterwegs. Die Abreise des Großherzogs aus Karlsruhe stellt ohne Zweifel einen zweiten Schritt auf dem Wege zur Abdankung dar. Heinrich Klumpp beschleunigte diesen Weggang, aber die Situation des Großherzogs im Karlsruher Schloß wäre

auch so innerhalb von wenigen Tagen unhaltbar geworden. Das zeigen die weiteren Ereignisse.

Zwingenberg war keine Großstadt, die Familie war von der Landeshauptstadt und den Ballungsräumen des Landes überhaupt entfernt. Doch auch im Neckartal bestand nicht mehr das alte Großherzogtum, es gab in Eberbach einen Arbeiter- und Soldatenrat, der von der Volksregierung in Karlsruhe wegen der Beschlagnahme von Kraftfahrzeugen des Großherzogs sogar zur Ordnung gerufen werden mußte[17]. Viel wichtiger aber war die immer lauter werdende Forderung nach der Abdankung des Großherzogs; auch das Ausweichen nach Zwingenberg konnte nichts helfen. Nach dem Sturz der Monarchen in den anderen Bundestaaten waren auch die Chancen der Beibehaltung der Monarchie in Baden sehr klein. Die Politik wurde zudem in den Großstädten gemacht, die monarchistische Gesinnung vieler Landbewohner kam nicht zum Tragen. Zunächst versuchte die vorläufige Volksregierung, den Forderungen nach Proklamation der Republik mit der Antwort zu begegnen, man wolle in der Frage der Staatsform einem Votum des Volkes nicht vorgreifen. Um es nicht zu der von den Räten angedrohten Absetzung des Großherzogs ohne Einigung mit diesem kommen zu lassen, begab sich der Vorsitzende der Volksregierung, Anton Geiß, zusammen mit dem ehemaligen Staatsminister von Bodman auf die denkwürdige und schon mehrfach geschilderte Fahrt nach Zwingenberg[18]. Das Ergebnis war eine Erklärung, in der der Großherzog auf die Ausübung der Regierungsgewalt bis zu einer Entscheidung durch eine Nationalversammlung vorläufig verzichtete. Zwei Umstände vor allem nahmen der Auseinandersetzung mit dem Großherzog die Schärfe. Die neue Regierung gab sich mit einem vorläufigen Verzicht auf die Ausübung der Regierungsgewalt (vorläufig) zufrieden, und die Männer, die die Verhandlungen führten, waren dem Großherzog bekannt und vertraut. Freiherr von Bodman hat sich mit der Übernahme der Mission ein bleibendes Verdienst um Baden erworben. Aber auch Anton Geiß war dem Großherzog bereits bekannt. Als sozialdemokratischer Abgeordneter und Vizepräsident der Zweiten Kammer hatte er am 21. August 1918 mit dem Großherzog eine persönliche Unterredung geführt, und die Erinnerung an dieses Gespräch war es auch, die mithalf, die peinliche Situation zu mildern, und die einen Anknüpfungspunkt für ein Gespräch gab. „Nun, Herr Geiß, das hätten wir uns nicht gedacht am 21. August, daß wir uns so treffen würden, wie das heute hier der Fall ist. Sie haben damals zu mir im Schloß gesagt, ob Sie mit mir reden dürften wie mit einem Volksmann. Ich habe Ihnen das gerne gewährt, und Sie haben mir auch damals interessante Mitteilungen gemacht." (Das war bei einer Verfassungsfeier.) Er kam damals auf mich zu und sagte: „Nun, Herr Geiß, wie gehts in Ihrer nächsten Umgebung?" Diese Frage war mir etwas verfänglich. Meine Antwort war: „Darf ich mit Kgl. Hoheit reden wie mit einem Volksmann?" Er sagte: „Gewiß, bitte, reden Sie ungezwungen, wie Sie es für gut halten." Dann erzählte ich ihm alles, wie es in Mannheim aussieht, wie die Streikbewegung entstanden ist (damals war schon ein Streik im August), wie die Not entstanden ist, welche Ursachen mitgespielt haben usw. Ich habe ihm erzählt, wie es mit der Ernährungsfrage steht, von den vielen Skandalen an der Rheinbrücke, wo Frauen und Landsturmleuten wenige Pfund Kartoffeln von der Schutzmannschaft abgenommen worden sind; wie es steht im Kleinbürgertum, bei der kleinen Geschäftswelt, den Gewerbetreibenden usw., daß die Unzufriedenheit nicht nur bei den Arbeitern zu Hause sei . . ., daß bei der Bekundung der Unzufriedenheit im Kleinbürgertum schwerere Worte fallen wie in Arbeiterkreisen, kurz, ich habe ihn auf die Schwierigkeiten der Situation auf-

merksam gemacht . . . So haben wir uns eine Viertelstunde lang unterhalten, und ich kann sagen: Er wird wohl kaum jemals, so lange er regiert, die nackte Wahrheit so gehört haben wie von mir . . . Ich bedauerte nun, daß die Sache jetzt so gekommen ist. Der Großherzog sagte: „Ich bin davon überzeugt. Wenn Sie mir das sagen, habe ich das Bewußtsein, daß es Ihre volle Überzeugung ist." Ich sagte: „Es gibt keinen anderen Weg mehr, als zu einem Entschluß zu kommen, wie bereits Exzellenz von Bodman Euerer Kgl. Hoheit vorgetragen hat." „Sie kennen meinen Entschluß, nicht wahr?" Ich sagte: „Jawohl, ich habe davon Kenntnis genommenn". „Gut", sagte er, „Sie haben Kenntnis genommen. Nun, dann will ich Sie nicht länger aufhalten. Sie haben schon lange warten müssen, und nachdem Sie Kenntnis haben, ist die Sache erledigt. Also adjeu, Herr Geiß, ich wünsche Ihnen zu Ihrem Unternehmen und Ihrem neuen Amt recht viel Glück im Interesse unseres schönen Badener Landes." Er hat mir nochmals die Hand gereicht und geschüttelt, war aber so ergriffen, daß er sich nicht mehr halten konnte. Er hat sich umgewendet und ging. Dann kam die Großherzogin auf mich zu, reichte mir die Hand und sprach mir gleichfalls ihre Glückwünsche aus, daß es gelingen möge, unsere Verhandlungen zum Ziele zu führen. Die Frau hat jämmerlich geweint. Sie war ganz aufgelöst. Sie hat vorher kein Wort gesprochen, stand nur daneben mit Tränen in den Augen. Sonst war niemand da als Exzellenz Bodman, der ebenfalls tief ergriffen war. Auch mich hat es erfaßt. Ich habe den Eindruck gehabt, wie wenn plötzlich ein großes Unglück in einer Familie eintritt, ohne jede Vorbereitung, ein Todesfall oder dergleichen."[10]

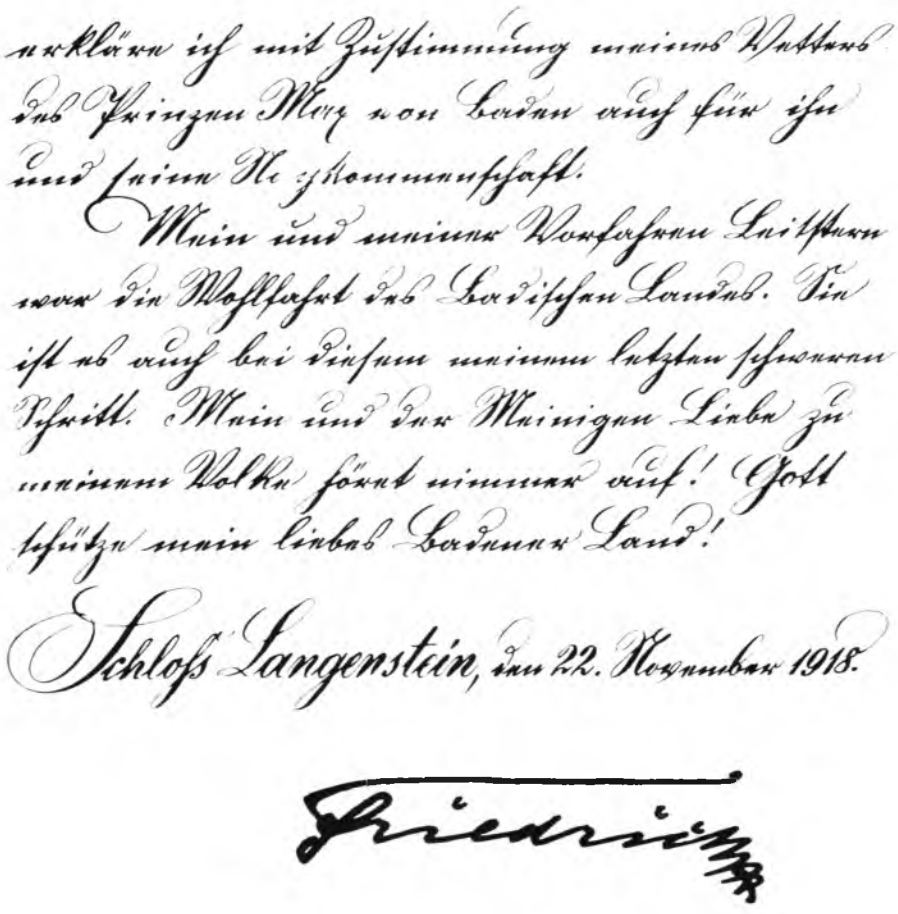
Auf der Rückfahrt von Zwingenberg blieb in der Nacht das Auto mit einer Panne in Hockenheim liegen. Der neue Ministerpräsident und der alte Staatsminister mußten nun die Nacht gemeinsam in einem bescheidenen Zimmer der Gastwirtschaft „Zur Kanne" verbringen und die Widerwärtigkeiten der Situation meistern (es gab nur eine flackernde Kerze zur Beleuchtung und ein gemeinsames Handtuch), ehe sie mit dem ersten Frühzug nach Karlsruhe fahren und dort das immerhin geschichtliche Ereignis des Regierungsverzichts des Hauses Zähringen den wartenden Ministern und Räten überbringen konnten. Anton Geiß hatte aber erst die halbe Mission erfüllt. Er erkannte dies selbst klar und äußerte noch in Zwingenberg zu Bodman: „Für meine Person genügt die Entschließung, wie sie hier lautet; aber ich bin der Meinung, daß meine Parteizugehörigen mehr erwarten."[20] Am 15. November 1918 erschien dann in der Karlsruher Zeitung, die gleichzeitig der amtliche Staatsanzeiger für das Großherzogtum war und am Kopf das gekrönte badische Wappen trug, folgende Erklärung:

Seine Königliche Hoheit der Großherzog haben mich gestern Mittwoch, den 13. November, beauftragt, der provisorischen Regierung seine folgende Erklärung zu übermitteln:

„Ich will kein Hindernis derjenigen Neugestaltung der staatsrechtlichen Verhältnisse des badischen Landes sein, welche die verfassungsgebende Versammlung beschließen wird. Bis zu deren Entscheidung verzichte ich auf die Ausübung der Regierungsgewalt. Ich wünsche auch für den Fall, daß die provisorische Regierung es für ein Gebot der Stunde erachten sollte, die republikanische Staatsform schon vor der Entscheidung der verfassungsgebenden Versammlung zu beschließen, daß die Beamten im Interesse der Aufrechterhaltung der Ruhe, Ordnung und Sicherheit ihren Dienst weiterführen und daß niemand sich durch Rücksicht auf meine Person oder die Treue und Anhäng-

An das Serbische Volk!

Da ich am 14. November 1918 erklärt habe, will ich kein Hindernis sein bezüglich der Klärung der serbokroatischen Verhältnisse des serbischen Landes, welche die verfassunggebende Versammlung beschließen wird. Nachdem mir nun bekannt geworden ist, daß einige Soldaten sich durch den Verrat, den sie als Deserteure, Soldaten oder Reservebürger gemacht haben, in ihrem Gewissen gequält fühlen, bei der Vorbereitung der Wahlen zur verfassunggebenden Versammlung sich so zu betätigen, wie sie es nach den serbischen Verhältnissen und insbesondere nach der Lage im Reich für geboten erachten, entbinde ich die Deserteure, Soldaten und Reservebürger ihres Treueides und verzichte auf ihren Eid. Diesen Verzicht



lichkeit für mich und mein Haus abhalten läßt, die Anordnungen der neuen Regierung zu befolgen. Gott schütze mein liebes Badner Land."

Karlsruhe, den 14. November 1918

Freiherr von Bodman
Staatsminister a. D.

Auf der gleichen Seite (unmittelbar darunter) schloß sich eine Kundmachung der vorläufigen Volksregierung an. Diese lautete:

Die badische vorläufige Volksregierung erklärt:

1. Der Großherzog hat auf die Ausübung der Regierungsgewalt verzichtet.
2. Alle Staatsgewalt ist in den Händen der badischen vorläufigen Volksregierung.
3. Wir erklären hierdurch, daß Baden eine freie Volksrepublik ist.
4. Endgültig über die Staatsform entscheidet die badische Nationalversammlung.
5 Die Nationalversammlung wird am Sonntag, den 5. Januar 1919, gewählt, sie tritt innerhalb 10 Tagen nach der Wahl in Karlsruhe zusammen.

6. Die Wahl zur Nationalversammlung findet nach dem gleichen, geheimen, direkten und allgemeinen Wahlrecht auf Grund des Verhältniswahlsystems durch alle mindestens zwanzig Jahre alten männlichen und weiblichen Personen statt, welche am Tage der Wahl Badener sind.

Karlsruhe, den 14. November 1918

Die badische vorläufige Volksregierung
Der Präsident: gez. Geiß

Diese Kundmachung schöpft die in der Erklärung des Großherzogs gegebenen Möglichkeiten voll aus. Sie erklärt Baden zur freien Volksrepublik und nimmt damit eigentlich schon die der Nationalversammlung vorbehaltene Entscheidung über die Staatsform vorweg. Hier konnten sich die Forderungen der Räte, insbesondere des Mannheimer Arbeiter- und Soldatenrats, der schon am 12. November die Ausrufung der Republik verlangt hatte, durchsetzen. Die Kundmachung wurde von der Regierung mit einer Mehrheit von 7 gegen 4 Stimmen gebilligt, ein Zeichen, daß die Sorgen von Anton Geiß über die weiter gehenden Erwartungen seiner Anhänger berechtigt waren. Die gleiche Zeitung zeigt aber auch mit großer Klarheit, daß Baden hier nur einer Entwicklung folgte, die überall in Deutschland im Gange war. Die Meldungen über den Thronverzicht der Könige von Bayern und Sachsen und der Herzogin von Waldeck kennen nicht das Wort vorläufig. Daß Großherzogs Friedrichs Worte von der Treue und Anhänglichkeit dem Haus Zähringen gegenüber keine leeren Deklamationen waren, zeigt der Leitartikel von C. Amend, den die Karlsruher Zeitung in der gleichen Ausgabe dem Thronverzicht widmete und der wie ein Huldigungsartikel aus bester monarchischer Zeit schließt: „Möge ihm das Schicksal all das Gute und Schöne gewähren, auf das dieser reine und edle Charakter so begründeten Anspruch hat. Gott segne und beschütze Friedrich II. und sein Haus!" Ganz ähnlich beurteilte auch die Gräfin von Andlau die Stimmung im Volk: „Wenn damals (1918) über den Großherzog hätte frei abgestimmt werden können, hätten 90 % für ihn gestimmt, äußerte kürzlich ein Bauer, der unter ihm Soldat gewesen war"[21]. Diese Äußerungen änderten aber nichts an harter politischer Wirklichkeit. Die Stimmung in den Großstädten beherrschte das politische Klima, und auch die bürgerlichen Parteien glaubten, ohne ein Bekenntnis zur Republik im Wahlkampf unterliegen zu müssen und so nur den radikalen Kräften den Weg zu bereiten. Die Nationalliberale Partei hatte aus diesem Grund Wert auf die Beteiligung an der Regierung gelegt und verdeckte unter der Parole „Wir müssen in vielem umlernen"[22] ihre Abkehr vom monarchischen Prinzip. Das Zentrum wollte unter allen Umständen einen Wahlkampf unter dem Schlachtruf „Hie Republik — hie Monarchie" verhindern[23]. So ist es nicht verwunderlich, wenn es nicht bei der Regelung vom 13. November bleiben konnte, nicht einmal bis zur Wahl und zum Zusammentritt der Nationalversammlung. Noch im November mußte sich daher Freiherr von Bodman nochmals zum Großherzog begeben, der unterdessen nach Schloß Langenstein im Hegau übersiedelt war. In den Verhandlungen vom 21./22. November ging es um die endgültige Abdankung und um die Regelung der Vermögensverhältnisse, denn Garantien hatte der Großherzog in dem chiffrierten Telegramm an den Freiherrn von Bodman vom 21. November ausdrücklich verlangt. Die neuen Minister würdigten und anerkannten die Leistungen des Großherzogs für sein Land. Insbesondere die Minister Dr. Ludwig Haas (Inneres), Dr. Ludwig Marum (Justiz) und Dr. Gustav Trunk (Ernährung) fanden warme Worte für den nun zurückgetretenen Monarchen, Minister Hermann Dietrich (Äußeres) betonte seine Ansprüche auf einen gesicherten Lebensabend, indem er sagte,

Die badische vorläufige Regierung 1918. Stehend von links: Fritz Stockinger, Min. d. Unterrichts; Leop. Rückert, Min. d. Verkehrs; Ludw. Marum, Min. d. Justiz; Herm. Rob. Dietrich, Min. d. Auswärtigen; Ad. Schwarz, Min. d. sozialen Fürsorge; Brümmer, Min. f. milit. Ang.; Sitzend: Karl Jos. Wirth, Min. d. Finanzen; Gust. Jos. Ludwig Trunk, Min. d. Ernährungswesens; Anton Geiss, Ministerpräsident; Ludw. Haas, Min. d. Innern; Phil. Martzloff, Min. f. Übergangswirtschaft u. Wohnungswesen

daß bei der bevorstehenden Regelung dem Großherzog so viel gegeben werden müsse, daß er auch als Großherzog a. D. leben könne. Die Monarchie war in Baden zu Grabe getragen, die Würdigungen des Großherzogs klangen fast wie Nachrufe. Echten und großen Revolutionen mögen die schrillen Töne eigen sein, aber dem Land Baden und seinen Bewohnern war durch den ruhigen Gang der Ereignisse im November 1918 Gut und Blut gespart worden, und ist dies, besonders nach vier schweren Kriegsjahren, nicht mehr wert als die rasch verfliegende Leidenschaft einer Revolution? Fassen wir das Ergebnis des November 1918 noch einmal zusammen mit den Worten der letzten Proklamation des Großherzogs an sein Volk[24]:

An das badische Volk!

Wie ich am 14. November 1918 erklärt habe, will ich kein Hindernis sein derjenigen Neugestaltung der staatsrechtlichen Verhältnisse des badischen Landes, welche die verfassungsgebende Versammlung beschließen wird. Nachdem mir nun bekannt geworden ist, daß viele Badener sich durch den Treueid, den sie als Beamte, Soldaten oder Staatsbürger geleistet haben, in ihrem Gewissen gehemmt fühlen, bei der Vorbereitung der Wahlen zur verfassunggebenden Versammlung sich so zu betätigen, wie sie es nach den tatsächlichen Verhältnissen und insbesondere nach der Lage im Reich für geboten erachten, entbinde ich die Beamten, Soldaten und Staatsbürger ihres Treueides und verzichte auf den Thron. Diesen Ver-

zicht erkläre ich mit Zustimmung meines Vetters, des Prinzen Max von Baden, auch für ihn und seine Nachkommenschaft.

Mein und meiner Vorfahren Leitstern war die Wohlfahrt des badischen Landes. Sie ist es auch bei diesem meinem letzten schweren Schritt. Mein und der Meinigen Liebe zu meinem Volke hört nimmer auf! Gott schütze mein liebes Badner Land!

Schloß Langenstein, den 22. November 1918

Friedrich

Anmerkungen

[1] Wilhelm Engelbert Oeftering, Der Umsturz 1918 in Baden, Konstanz 1920, S. 136 f. In der Folge zitiert: Oeftering.
[2] Oeftering S. 150 f.
[3] GLA Karlsruhe 243/922.
[4] GLA Karlsruhe 243/923 Kopfbogen von 1912.
[5] GLA Karlsruhe 243/920.
[6] GLA Karlsruhe 243/911.
[7] Oeftering S. 182 ff.
[8] GLA Karlsruhe 243/913.
[9] GLA Karlsruhe 243/911.
[10] GLA Karlsruhe 243/911.
[11] GLA Karlsruhe 243/911 und 912.
[12] GLA Karlsruhe 243/911.
[13] GLA Karlsruhe 243/911.
[14] GLA Karlsruhe 233/38432.
[15] GLA Karlsruhe 243/911.
[16] Adam Remmele, Staatsumwälzung und Neuaufbau in Baden, Karlsruhe 1925.
[17] GLA Karlsruhe 233/28117.
[18] Oeftering S. 120 ff., Gerhard Kaller, Die Revolution des Jahres 1918 in Baden und die Tätigkeit des Arbeiter- und Soldatenrats in Karlsruhe, ZGO 114, 1966, S. 305 und 333 ff.
[19] GLA Karlsruhe 233/27960, abgedruckt bei Gerhard Kaller, Die Revolution des Jahres 1918 in Baden und die Tätigkeit des Arbeiter- und Soldatenrats in Karlsruhe, ZGO 114, 1966, S. 335.
[20] GLA Karlsruhe 233/27960.
[21] Friedrich I. und Friedrich II. Die letzten Großherzöge von Baden. Hg. von Wilhelm Ilgenstein und Anna Ilgenstein-Katterfeld, Karlsruhe 1954, S. 5.
[22] Oeftering S. 229.
[23] Oeftering S. 231.
[24] GLA Karlsruhe 230/154, abgedruckt bei Oeftering S. 238/239.